



Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Forschungs- und Technologiepolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende


Dr. Petra Sitte, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin


Herrn
Jörg Tauss

-per Mail -

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden 50
Raum E 076


 (030) 227 – 71421


 (030) 227 – 76518

 petra.sitte@bundestag.de

Wahlkreis

Blumenstraße 16
06108 Halle/ Saale

 (0345) 47888-39

 (0345) 47888-41

 petra.sitte@wk.bundestag.de

Berlin, 12.03.10

Sehr geehrter Herr Tauss,

um die von Ihnen formulierten Fragen an die zukünftigen Mitglieder der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ hat sich bereits eine lebhafte Debatte entwickelt. Gern beantworte ich diese vorab.

1. Was hat Sie dazu motiviert, sich in diese Enquete des Deutschen Bundestages berufen zu lassen und welche(s) Ihrer politischen Ziele wollen Sie dort verwirklichen?

Als Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik sowie als stellv. Mitglied des Kulturausschusses beschäftige ich mich seit langem mit den Umwälzungen, die sich für unsere Gesellschaft mit der Digitalisierung verbinden. Ich glaube, dass diese unterschätzt werden und für uns alle große Veränderungen und Chancen mit sich bringen - von der Ökonomie bis in den privaten Bereich. Wenn die Chancen der Digitalisierung für eine gerechte und offene Gesellschaft genutzt werden sollen, darf dieser Prozess weder dem Markt noch den Befürwortern eines präventiven Überwachungsstaates aller Couleur überlassen werden. Die Politik ist gefordert, Freiheit und offene Zugänge im Netz zu sichern. An Lösungsvorschlägen werde ich gern als stellvertretendes Mitglied im Rahmen der Enquete-Kommission mitarbeiten.

2. Haben Sie sich bereits früher mit "Netzpolitik", beispielsweise mit den Ergebnissen der Vorgänger-Enquete aus den Jahren 1995 – 1998 befasst und wie beurteilen Sie die Tatsache, das die damaligen Empfehlungen, beispielsweise für eine Reform des Bundesdatenschutzgesetzes (Gesamtreform, Datenschutzaudit etc.), in den federführenden Ausschüssen nie umgesetzt wurden?

Den Bericht der Enquete zur Informationsgesellschaft habe ich natürlich zur Kenntnis genommen. Damals war ich jedoch im Landtag von Sachsen-Anhalt tätig und schwerpunktmäßig mit der Bildungs- und Wissenschaftspolitik befasst. Richtig in die netzpolitischen Debatten eingestiegen bin ich jedoch erst mit meiner Wahl in den Bundestag im Jahr 2005.

Enquete-Kommissionen geben Empfehlungen für zukünftiges politische Handeln über Legislaturperioden hinweg ab. Es ist daher sinnvoll, eine größtmögliche Öffentlichkeit herzustellen und weitestgehende Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Dies wird bei der nun eingesetzten



Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Forschungs- und Technologiepolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Enquete hoffentlich sowohl über die digitalen Möglichkeiten der Bundestagsverwaltung als auch über die einzelnen Fraktionen und die Sachverständigen geleistet. Je mehr Beteiligung von außen erfolgt, desto mehr Einfluss entfalten die Empfehlungen der Enquete. Sie darf nicht nur eine „Spezialistendebatte“ führen, sondern muss den großen Einfluss der Digitalisierung auf alle Lebensbereiche verdeutlichen. Denn natürlich müssen ihre Empfehlungen auch in anderen Politikbereichen – etwa der Sozial- und Arbeitspolitik, der Innen- oder der Kulturpolitik – Gehör finden.

Zugleich darf Schwarz-Gelb keine Tatsachen schaffen, die die Arbeit der Enquete obsolet machen. Diese Gefahr besteht etwa bei den anstehenden Entscheidungen zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage, zum Urheberrecht oder beim Umgang mit dem Netzsperrengesetz oder dem ACTA-Abkommen. Ich sehe es auch als Aufgabe der Opposition, der schwarz-gelben Koalition immer wieder Antworten aus der Netzcommunity und demnächst zudem aus der Reihe der Enquete-Sachverständigen auch in tagesaktuellen Fragen entgegen zu halten.

3. Wie schätzen Sie Ihren politischen Einfluss ein, um eine Umsetzung Ihrer eventuellen Empfehlungen wenigstens mit dieser Enquete zu gewährleisten?

Als Opposition ist es unsere Aufgabe, die regierende Koalition auch auf Widersprüche und Folgen ihres Handelns hinzuweisen. Gerade Schwarz-Gelb steht unter besonderem Druck, weil sich mit der FDP und der Union zwei in Bürgerrechtsfragen doch recht unterschiedliche Parteien zusammengetan haben. Unsere Fraktion wird sich besonders für die Ausweitung und verbesserte Durchsetzung von Bürgerrechten einsetzen. So waren wir die ersten, die ein Aufhebungsgesetz gegen Netzsperrungen eingebracht haben. Die Koalition konnte danach ihr Versteckspiel nicht weiterführen. Dies zeigt: Opposition wirkt. Auf diese Weise wollen wir auch die Empfehlungen der Enquete-Kommission nutzen, um die Koalition durch machbare Alternativen unter Druck zu setzen.

4. Haben Sie bereits an Demonstrationen für Bürgerrechte und gegen Internetzensur, wie beispielsweise an der „Freiheit statt Angst“ gegen das „Zensursulagesetz“ in Berlin, teilgenommen oder werden Sie künftig daran teilnehmen?

Ich war beteiligt an mehreren Demonstrationen gegen die Einschränkung von Bürgerrechten – unter anderem am Tag der letzten Parlamentsabstimmung des Sperrgesetzes vor dem Brandenburger Tor.

5. Wie beurteilen Sie „Sendezeiten“ und „Labels“ für das Internet, wie es der derzeit diskutierte Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) vorsieht?

Das Internet zeichnet sich gerade durch seine Offenheit aus. Diese ist ein demokratischer Wert an sich. Der letzte mir bekannte Entwurf des Jugendmedienschutzstaatsvertrages enthält immerhin keine weitgehende Haftung der Provider für Medieninhalte mehr. Trotzdem sollen Instrumentarien des Jugendschutzes aus dem TV-Zeitalter auf das Netz übertragen werden. Dies halte ich für nicht mehr adäquat und zudem kaum durchsetzbar. Vielmehr sollten wir in der Enquetekommission die Debatte führen, wie Medienkompetenz, also der selbstbestimmte und dem Alter angemessene Umgang mit dem Netz gelernt werden kann.

7. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass Ihre Partei in den Ländern, in denen sie jeweils (mit-)regiert, keinerlei sichtbare Initiativen ergreift, um diesen Staatsvertrag zu stoppen?



Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Forschungs- und Technologiepolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Staatsverträge sind Verhandlungssache zwischen den Ministerpräsidenten. Nachdem diese Entwürfe bekannt geworden sind, haben Fraktionen und Regierungsmitglieder unserer Partei in Berlin und Brandenburg die Probleme mit dem Staatsvertrag thematisiert. Dies geschieht naturgemäß nicht in der Öffentlichkeit, wenn die Verhandlungen dazu noch im Gange sind.

6. Wie stehen und standen Sie zu "Zensursula" (dem so genannten Zugangserschwerungsgesetz) und würden Sie sich einer Verfassungsklage gegen dieses Gesetz anschließen?

Meine Fraktion hat dieses Gesetz einstimmig abgelehnt – außer uns nur noch die FDP. Das Gesetz ist geprägt von einer grundlegenden Angst vor freiheitlichen Kommunikationsstrukturen. Es verhindert nicht Kinderpornographie, hätte aber eine intransparente Zensurinfrastruktur geschaffen. Daher sehen wir es als großes Problem, dass das Gesetz nun nicht aufgehoben, sondern nur teilweise nicht angewendet werden soll. Wir prüfen derzeit, ob gegen diese eigenartige Rechtskonstruktion verfassungsrechtlich vorgegangen werden kann. Zudem halten wir auch eine grundsätzliche verfassungsrechtliche Prüfung des Gesetzes, wie sie der AK Vorratsdatenspeicherung vorbereitet, für sinnvoll.

Frage 8 wurde gestrichen.

9. Wie definieren Sie "Netzneutralität" und setzen Sie sich für eine solche, beispielsweise auch für Anonymisierungsdienste, ein?

Netzneutralität bedeutet, dass die Infrastruktur des Netzes für alle gleich offen stehen muss. Daten müssen ungehindert und zu gleichen Bedingungen transportiert werden – egal welchen Inhalts oder welcher Herkunft bzw. Ziels. Netzneutralität ist eine zentrale Voraussetzung, wenn das Internet ein demokratischer und freiheitlicher Raum bleiben soll.

Die Frage der Anonymisierungsdienste hängt aus unserer Sicht nicht ursächlich mit dem Ziel der Netzneutralität zusammen.

10. Hätten Sie im europäischen Parlament mit der dortigen Mehrheit gegen das so genannte SWIFT – Abkommen gestimmt?

Ja. Unsere Delegation im europäischen Parlament hat dies auch getan.

11. Sind Sie dafür, die so genannte "Vorratsdatenspeicherung" nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umzusetzen und wie beurteilen Sie die Kritik einiger Politiker und Polizeifunktionäre am Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Die beschworene Sicherheitslücke würde es nur geben, wenn die Vorratsdatenspeicherung mehr Sicherheit geschaffen hätte. Das sehen wir nicht so, daher haben wir 2007 natürlich gegen das Gesetz gestimmt. Mit Petra Pau hat auch eine Politikerin unserer Fraktion die nun erfolgreiche Verfassungsklage mit eingereicht. Wir werden uns gegen weitere Versuche der Koalition wenden, eine solche Überwachungsmaßnahme erneut einzuführen.

12. Das Thema Urheberrecht soll eine zentrale Rolle in Ihrer Kommission bekommen. Wie stehen Sie grundsätzlich zu "Open Access" und befürworten Sie staatliche Eingriffe in das Internet zur Durchsetzung von Interessen der Content- Industrie, wie es beispielsweise die Entwürfe des ACTA- Abkommens auf internationaler Ebene vorsehen?



Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Forschungs- und Technologiepolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Wir unterstützen Open Access als Bewegung, die den kostenlosen Zugang zu Forschungsergebnissen in die Realität umsetzt. Dazu sollte ein unveräußerbares Zweitveröffentlichungsrecht eingeführt werden, das Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen selbstbestimmten Umgang mit ihren Texten ermöglicht. Eine kommende Urheberrechtsnovelle muss jedoch viele weitere Probleme lösen, die den Zugang zu Wissen einschränken – etwa den Umgang mit so genannten verwaisten Werken oder die Kopiermöglichkeiten in Schulen, Unis und Bibliotheken.

Für uns stehen die Interessen der Nutzer im Vordergrund der Netzpolitik. Zudem müssen die Kreativen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen keine Extraprofite für Industrien, die die Kreativen mit Total-Buyout-Verträgen erpressen und die Nutzer mittels Digital-Rights-Management bevormunden.

13. Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Arbeit der Enquete- Kommission transparent wird?

Wir legen einerseits in den Vorberatungen zur Einrichtung der Enquete großen Wert darauf, dass der Bundestag und die Parlamentsverwaltung ihre Kapazitäten nutzen, um größtmögliche Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten herzustellen.

Zudem erarbeitet meine Fraktion derzeit ein Onlineangebot, das unsere Aktivitäten im Rahmen der Enquete vorstellt und die Mitarbeit der Netzcommunity ermöglicht. Wir hoffen, dass das Interesse an der Arbeit und die Beiträge aus diesen Kreisen entscheidend zu einem gehaltvollen Diskurs um die Zukunft der digitalen Gesellschaft beitragen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Sitte